

SKRIPTE ZU MIGRATION UND NACHHALTIGKEIT

Nr. 2

Kürbisse von der Lower East Side – Zur sozialökonomischen Relevanz der New Yorker Community Gardens

von Elisabeth Meyer-Renschhausen

München, August 2005

Stiftung Interkultur
Daiserstr. 15, Rgb.
81371 München
Telefon 089 – 74 74 60-22
Telefax 089 – 74 74 60-30
<http://www.stiftung-interkultur.de>
email: info@stiftung-interkultur.de

Kürbisse von der Lower East Side

Zur sozialökonomischen Relevanz der New Yorker Community Gardens

von Elisabeth Meyer-Renschhausen

New York, Lower East Side, 1st Avenue, Ecke Houston Street. Eine belebte Kreuzung. An einer Ecke steht ein hoher Zaun, und etwas seitlich gelegen, nicht gleich zu sehen, befindet sich ein großes Tor. Es steht offen. Unordnung und Kunst, ist mein erster Eindruck, als ich hineingehe. Rechts stehen drei große Kompostverschlüge mit Hinweisschildern für die Mülltrennung: „fresh“, „cooking“ und „ready“. Auf der linken Seite, ein kleines Stückchen den Weg hinunter entdecke ich dann ein Paradies: Brandmauern, die dicht mit Wein und Efeu bewachsen sind, hohe, sattgrüne Bäume, eine farbenprächtige Blumenvielfalt, hier und da ein paar Gemüsebeete mit Tomatenstauden und Kürbissen. Der Weg führt mich zu einem kleinen Teich. Darin sitzen Schildkröten auf Steinen träge in der Sonne. Am Ufer wälzt sich eine ockerfarbene getigerte Katze im Gras. Weiter hinten am Zaun nahe der Straßenkreuzung steht zwischen hoch rankenden Blumen und üppigen Bäumen eine Bank, gegenüber eine kleine Buddha-Statue. Bunte Gebetsfähnchen flattern zwischen den Bäumen. Ein milde lächelnder Mann, etwa um die sechzig, begrüßt mich freundlich. Seit fast 30 Jahren ist er hier aktiv und der Garten, so erzählt er, sei ihm ans Herz gewachsen. Im letzten Jahr sollte er abgerissen werden. Die Gartenbetreiber, eine Gruppe von ehrenamtlichen Stadtteilbewohner/innen, hätten es jedoch geschafft, das zu verhindern. Heute sei der Garten von der Parkbehörde offiziell anerkannt und als Dauereinrichtung ausgewiesen.

Der Garten wird von etwa zwölf regelmäßig Aktiven und weiteren fünfzehn unregelmäßig Helfenden bewirtschaftet. Die meisten von ihnen sind berufstätig und machen die Gartenarbeit in ihrer Freizeit, eher zum Ausgleich. Der Garten hatte zunächst keine regelmäßigen Öffnungszeiten. Im Sommer, wenn das Wetter gut war und sich genügend Helfer/innen fanden, war er fast rund um die Uhr für das Publikum geöffnet. Mit der staatlichen Förderung wurde es zur Pflicht, den Garten regelmäßig mindestens fünf Stunden in der Woche öffentlich zugänglich zu machen. Wenn sich keine Helfer/innen finden lassen, bleibt das Tor allerdings geschlossen, weil sonst – ohne Aufsicht – Vandalismus und wilde Müllentsorgung drohen.

Als ich am Sonntag wiederkomme, ist der Garten gut besucht. Zahlreiche Anwohner und Touristen durchstreifen staunend den Park. Ich setze mich auf eine Steinbank und beobachte die Flanierenden. Eine schwarzweiß gefleckte Katze kommt schnurrend angelaufen. Auf einem Hinweisschild lese ich, dass zwei Katzen im Garten leben, Tipsi und Elsa heißen sie. Die Besucher/innen werden gebeten, sie nicht mit auf die Straße zu nehmen. Auch die Tierschützer werden beruhigt. Schildkröten und Fische, so heißt es auf dem Schild, könnten ungefährdet im Teich überwintern. Nur weitere Schildkröten sollten die Leute bitte nicht mitbringen.

Der Garten ist noch lange nach Sonnenuntergang offen, bewacht von einer jungen Frau in Shorts, die sich mit einem alten Herrn aus Chinatown angeregt unterhält.

Gleich gegenüber dem Garten an der Houston Street liegt ein unbebautes Grundstück. Dort türmt sich meterhoch der Müll. Ich stelle mir vor, dass das Grundstück, auf dem dieser heute wunderschöne Park liegt, 1973 genauso aussah. Liz Christy, eine ehemalige Anwohnerin und die spätere Gründerin des Parks, so erfuhr ich, habe sich damals so über den verwahrlosten Zustand des Grundstücks geärgert, dass sie selbst Hand anlegte. Zusammen mit freiwilligen Helfer/innen begann sie Spritzbestecke der Junkies wegzuräumen, Müllberge wegzuschaffen und schließlich die Fläche zu bepflanzen. Ein Stadtteil-Paradies entstand. Bald wurde der Garten als Bowery Houston Community Farm Garden stadtwweit bekannt. Als die Gründerin 1985 starb, wurde der Garten ihr zu Ehren in *Liz Christy Garden* umbenannt. Eine grüne Gedenktafel am Zaun berichtet davon.



Community Garden in Central Harlem vor Hausruinen. Alle Fotos: Elisabeth Meyer-Renschhausen

Die Entstehung der Community Gardens in New York City ist eine beeindruckende Geschichte. Sie begann eben hier, in der Lower East Side, in der Nähe vom Tomkins Square im südlichen Manhattan, dort, wo noch vor 20 Jahren Fremden abgeraten wurde, hinzugehen, weil alles verkommen und die Kriminalitätsrate hoch war. Genau hier befinden sich heute die meisten Community Gardens der Stadt. Community Gardens sind von Anwohnern gemeinschaftlich angelegte Gärten. Sie entstehen auf Brachen, sogenannten „vacant lots“. Das sind Flächen, auf denen zuvor Miethäuser standen, die aufgegeben und, oft nach Brandstiftung, abgerissen wurden. Die Lower East Side ist der Stadtteil von Manhattan, wo es die wenigsten Grünflächen gibt. Erst die Nachbarschaftsgärten haben dazu beigetragen, dass er sich neben allem Verfall wieder zu einer charmanten Gegend mit grünen Einsprengseln mausern konnte.

Heute leben hier Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und zahlreichen Ethnien friedlich zusammen – wenn sie die Miete in dem jetzt auch wieder für Investoren interessanten Gebiet noch zahlen können.

Als ich Edie Stone, Chefin von GreenThumb – eine Unterabteilung der New Yorker Behörde für Parks und Erholung – im Jahr 2000 zum ersten Mal treffe, sind die Gärten allesamt gefährdet, wieder eingeebnet zu werden. Zunehmend interessierten sich Bauspekulanten für die Grundstücke, die als Bauland verkauft werden sollen. Voller Empörung berichtet die GreenThumb-Chefin von der Zerstörung des *Esperanza Gardens*. Es sei zu heftigen Protesten gekommen. Die Bürger/innen hätten zahlreiche Protestbriefe geschrieben, Demonstrationen organisiert, und Demonstranten hätten sich sogar am Zaun angekettet. Jedoch vergeblich: Binnen Sekunden hatten riesige Bulldozer den über 22 Jahre bestehenden Community Garden platt gemacht. Der damalige Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, hatte sich damit in der ganzen Stadt extrem unbeliebt gemacht. Kaum einer konnte verstehen, warum ausgerechnet die Grundstücke, auf denen Community Gardens liegen, an Bauspekulanten verkauft werden sollten. Schließlich gab (und gibt) es mehr als 11.000 andere Grundstücke, die nicht bebaut und ungenutzt waren (und sind) und ebenfalls der Stadt gehören.

Die Protestierenden erreichten jedoch eine einstweilige Verfügung der Staatsanwaltschaft. Danach war es der Stadt New York nicht mehr gestattet, städtisch anerkannte Green-Thumb-Gärten zu zerstören, ohne vorher ein Umweltgutachten eingeholt zu haben. Das hatte immerhin aufschiebende Wirkung und ein Teil der Community Gardens in der Stadt war dadurch etwas geschützt. Unterstützung kam von prominenter Seite. Die Schauspielerin Bette Midler gründete zusammen mit Freunden die *New York Garden Coalition*. Dieser gelang es, in kürzester Zeit 4,2 Millionen Dollar zusammenzubringen, allein 1,2 Millionen davon spendete die Schauspielerin selbst. Mit diesem Geld konnten im Mai 1999, unmittelbar vor ihrer Versteigerung, also in letzter Minute die Grundstücke von 114 Community Gardens gekauft werden.

Solche Auseinandersetzungen haben eine lange Tradition: In New York City kam es 1973, unmittelbar nach der Inbesitznahme des ersten Gartens, zu Konflikten mit der Polizei und den städtischen Behörden. Unterstützerguppen entstanden. In New York sind es die „Green Guerillas“. Diese Bürgerinitiative baute einen Unterstützer/innen-Kreis auf, der heute etwa 800 Mitgliedern zählt und durch regelmäßige Spenden eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht. Durch erfolgreiches Fundraising konnte die Gruppe im Sommer 2003 zeitweise bis zu zehn Angestellte, davon einige in Teilzeit, beschäftigen und eine eigene Büroetage in Midtown Manhattan beziehen. Zu den Green Guerillas gesellten sich bald ähnliche lokale und überregionale – Initiativen. In Kalifornien beispielsweise wurde ein „Trust for Public Land“ gegründet mit dem Ziel, Brachen in Grünland zum Nutzen der Allgemeinheit umzuwidmen. Der Trust wurde in New York City erstmals Anfang der 1980er Jahre aktiv und rettete die *Clinton Gardens*. Eine weitere Initiative, „New York Restoration Project“ entstand, als es in den 1990er Jahren unter dem damaligen Bürgermeister der Stadt New York, Rudolph Giuliani, zeitweilig so aussah, als sollten alle im Besitz der Stadt befindlichen Gartengrundstücke zur Sanierung des Stadthaushalts als Bauland verkauft werden.

Community Gardening – eine politische Bewegung

Von Anfang an ging es den Community Gardeners um ein bewusstes „Reclaim the Commons“, d.h. um die Wiedereinrichtung von Gemeinschaftseigentum. Einer der Altaktivisten, der Anfang 2005 verstorbene Landschaftsplaner Karl Linn, spricht sogar von den „sacred commons“, also dem Gemeineigentum, das man verehren sollte anstatt es dem Markt zu überlassen. Mit dem Begriff betont Linn auch die positive, Frieden schaffende Wirkung des gemeinsamen Gärtnerns.¹ Und Linn erinnert daran, dass vor der Industrialisierung respektive der Bauernbefreiung in jedem europäischen Dorf Gemeindewiesen und Allmenden zum Nutzen der Allgemeinheit existierten. Landlose Dorfbewohner, Häusler, Witwen und Besitzlose konnten auf der Allmende Ackerbau und Viehhaltung für ihren Lebensunterhalt betreiben. Der Anspruch auf städtischen Grund und Boden als gemeinschaftlichen Grünraum ist ästhetisch, ökologisch und sozial motiviert. Vor allem Migranten stellen die Forderung nach Zugang zu Land, weil Menschen auch und gerade in der Fremde die Gelegenheit brauchen, in der Erde graben zu können.

Aus dem Kampf um Grund und Boden seit den 1980er Jahren, vor allem aber in den späten 1990er Jahren entwickelte sich Community Gardening zu einer politischen Bewegung. Diese fand in New York wie überall in Nordamerika quer durch alle ethnischen Gruppen aktive und passive Unterstützer/innen und wandelte sich von einer ursprünglich mehr sozial-ökologischen zu einer heute mehr politisch-ökonomischen Bewegung.

In den 1990er Jahren kam es zu einer Welle von Neugründungen von Community Gardens, nunmehr fast ausschließlich in den aufgegebenen Stadtteilen von New York City, den Ghettos und Slums. Hier ging es den Gärtner/innen in erster Linie um den Gemüseanbau für die eigene Versorgung, denn in den marginalisierten Stadtteilen leben hauptsächlich die Minderheiten der USA, Hispanics oder Puerto Ricans und die Afro-Americans. Diesen Gruppen leuchtet die Idee des gemeinschaftlichen Gemüseanbaus besonders ein, weil viele von ihnen direkt vom Land, aus den Südstaaten der USA oder dem ländlichen Mittelamerika, in die Stadt New York eingewandert sind. „Illegale“ Einwanderer ohne Anspruch auf Sozialhilfe sind zudem auf Eigeninitiative in Sachen Lebensunterhalt angewiesen. Die Älteren unter ihnen wissen noch, wie man Gemüse anbaut und einen Garten anlegt. Entsprechend den Strukturen in den Ghettos, wo die verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen voneinander getrennt leben, sind die meisten dieser Gärten keine interkulturellen, sondern ethnische Gärten, die entweder von Puertoricans oder von Afro-Americans bewirtschaftet werden. Neben dem Gemüseanbau ist für die Eingewanderten die Integration durch das „Wiederverwurzeln“ in der Fremde wesentlich.² Wegen der Notwendigkeit, ihre Gärten zu verteidigen, sind die einzelnen Gartengruppen jedoch da-

¹ Als Sohn einer Berliner Lebensreformerin, Frauenrechtlerin und Berufsgärtnerin aus Leidenschaft, dessen Familie nach 1933 aus Deutschland vor den Nazis fliehen musste, wusste Karl Linn, wie notwendig es ist, auch in der Emigration Gartenarbeit tun zu können. Karl Linn, *Reclaiming the Sacred Commons*, New Village, I, 1999, 45.

² Das betonen Initiativen aus der kanadischen Einwandererstadt Toronto im Besonderen seit Jahren. Vgl. dazu auch Christa Müller, *Wurzeln schlagen in der Fremde – Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse*, München: ökom Verlag 2002.

zu gezwungen, sich auf allen Stadtteilebenen und auch interkulturell zusammenzuschließen und zu vernetzen. So wurde durch das Erfordernis, ein „Reclaim the Commons“, also eine Wiederaneignung der Gemeingüter zu betreiben, aus dem Community Gardening eine emanzipatorische Bewegung. Aus Marginalisierten werden Integrierte, und aus ehemaligen Wahlverweigerern werden aktive Bürger, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Ghettos, die durch das Prinzip „Redlining“ von Polizei und Banken erst zu solchen gemacht wurden, verwandelten sich durch den umgekehrten Prozess des „Greenlining“ wieder in allgemein geachtete und gemischt bewohnte Viertel.³

Die New Yorker Community Gardens zeigen beispielhaft, wie aus der Krise eine Chance werden kann. In Harlem und East New York begann die Entwicklung, die seit Beginn der 1990er Jahre als Globalisierung bezeichnet wird, bereits eine Generation früher. Das nordamerikanische Steuersystem zwang den Kommunen die Belastungen konjunktureller Wirtschaftsabschwünge auf. Die Folgen: Langjährig andauernder Verfall der Städte, Verschwinden der Industriearbeitsplätze, Anstieg der Arbeitslosigkeit, fehlende Steuereinnahmen. 1975 stand die Weltstadt New York vor dem Bankrott. Die Regierung in Washington, dominiert von Vorortbewohnern kleinerer Städte, war nicht bereit zu helfen, im Gegenteil: Der Stadt wurden harte „Strukturanpassungsmaßnahmen“ verordnet, die seit den 1980er Jahren auch den verschuldeten sogenannten Entwicklungsländern von der Weltbank regelmäßig vorgeschrieben werden. Stets geht es um die Förderung des „Wirtschaftswachstums“ auf Kosten von Gemeinschaftsaufgaben: Abbau von sozialen Leistungen, Subventionen im sozialen Bereich, Privatisierung von öffentlichen Diensten und der Verkauf städtischen oder öffentlichen Eigentums. Das wiederum führte zur Verelendung der Hilfebedürftigen. Hinzu kamen Preissteigerungen und eine allgemeine Verunsicherung. Zunehmend war davon auch die Mittelklasse betroffen. Vom Aufschwung der Wirtschaft profitiert hingegen nur eine sehr kleine Minderheit. Ergebnis ist eine immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich nebst dem Eintritt immer größerer Bevölkerungsteile in den informellen Sektor. Was früher typisch für die Staaten des Südens (und auch des Ostblocks) galt, dass nämlich die Schattenwirtschaft die eigentlich „versorgende“ Ökonomie neben der offiziellen Wirtschaft war und ist, gilt seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten zunehmend auch für die Länder des Nordens, allen voran für die USA und ihre großen Städte.

Strukturanpassungsmaßnahmen für New York City: Verslumungsprozesse als Folge

Die Städte sind in mehrfacher Hinsicht Opfer des Strukturwandels. Sie sind u.a. Opfer der seit den 1970er Jahren durch die Ausbeutung landwirtschaftlich geprägter Regionen in Nord- und Mittelamerika durch internationale Unternehmen und Entwicklungspolitik ausgelösten Landflucht. Die arbeitslosen Landbewohner emigrieren in

³ Unter „Redlining“ versteht man dabei das Aufgeben und systematische Verwahrlosenlassen bestimmter Stadtviertel durch städtische Behörden, sprich die Einstellung öffentlicher Versorgungsleistungen (siehe weiter unten). „Greenlining“ meint demgegenüber die Wiederbelebung einstmals heruntergekommener Bezirke.

die Großstädte, die ihrerseits mit dem Niedergang der Industrie bzw. ihrer Verlagerung an billigere Standorte ihre Hauptsteuereinnahmen verlieren. Überdies bekamen die Gemeinden von den Gesamtsteuereinnahmen des Staates immer weniger zugeteilt, was die Situation weiter verschärfte. Infolge des für die Kommunen ungünstigen amerikanischen Steuersystems sehen sich Städte wie New York gezwungen, ihre Versorgungsverpflichtungen durch die Zusammenarbeit mit privaten Kapitalgebern, durch das Ansiedeln von „Investoren“ und potenziellen Großsteuerzahlern zu erfüllen. So nahm New York eine traurige Vorreiterrolle hinsichtlich der Ausgrenzung von Armen zugunsten der Subventionierung privater Investoren ein.



Demonstration gegen die Räumung der Community Gardens

New Yorks demokratischer Bürgermeister Edward Koch sah sich infolge der Pleite 1975 zu rigorosen Maßnahmen gezwungen. Diese gingen vor allem zu Lasten von Geringverdienenden und Arbeitslosen. Lange bevor das Wort „Strukturanpassung“ erfunden wurde, bekam die Stadt diese Politik von dem bankendominierten Gremium vorgeschrieben, das den Bürgermeistern zwecks finanzieller Sanierung seit 1975 zur Seite gestellt wurde. Das Gremium verordnete den Rückzug der Stadt aus zahlreichen sozialen Aufgaben und sogar aus ganzen Stadtteilen. Diese wurden damit – durchaus bewusst, wie es schien – dem Verfall überlassen. Nicht wenige der armen Stadtteile, wie z.B. in East New York wurden den Baufirmen überlassen. Die weiße Bevölkerung verließ diese Viertel, oft zogen Neueinwanderer zu, obwohl sie kaum die hohen Mieten bezahlen konnten. Gleichzeitig zog sich die Kommune immer weiter zurück: Straßen wurden nicht mehr repariert, es wurden keine Bäume mehr gepflanzt, öffentliches Eigentum verkam, Müll und Unrat blieben liegen – bis das Ghetto

perfekt war. Ein „Niemandland“ entstand, das den Bauspekulanten Tür und Tor öffnete.⁴

Das ist die eine Seite der Entwicklung. Die andere Seite birgt Chancen. Sobald eine Kommune nicht mehr das Geld für die Daseinsvorsorge hat, ist sie im Grunde darauf angewiesen, die Bereitschaft der Bürger zur Selbsthilfe stärker zu honorieren und zu unterstützen. Da das „Schrumpfen“ der städtischen Einnahmen nicht zu stoppen war, lag es im Interesse der Stadtverwaltung New Yorks, die wachsende Bereitschaft der Bürger/innen, neu entstandene Freiflächen in ehrenamtlicher Arbeit zu pflegen, anzuerkennen. Die Kommune handelte pragmatisch und orientierte sich quasi auf eine Subsistenzperspektive um. Das ließ sich auch gegen Skeptiker in der Verwaltung durchsetzen, denn diese Art der Selbsthilfe wirkte nicht nur der weiteren Verwahrlosung entgegen, sondern eindeutig auch der Kriminalität. Die Bürgermeister der einzelnen Stadtteile erkannten, dass die soziale Befriedung von Vierteln eine wirksame Maßnahme gegen die stetige Zunahme von Überfällen und Morden war. Die Gärten haben also eine befriedende Funktion. Sie lassen ein neues Gefühl von Sicherheit an Leib und Seele in den Slums entstehen. Gerade deshalb werden sie mittlerweile von den Bezirks-Bürgermeistern verteidigt.

Dabei ist die städtische Politik gegenüber den Gärten, wie generell gegenüber den Stadtteilen, durchaus auch widersprüchlich, weil es unterschiedliche Interessensgruppen gibt, die jeweils ihre Einflüsse geltend machen. Darüber hinaus konkurrieren kurzfristige, mittelfristige und langfristige Interessen miteinander. So scheint es nur auf den ersten Blick wenig Sinn zu machen, wenn die Gemeinschaftsgärten in einem Fall unterstützt und gefördert, ein anderes Mal in ihrer Existenz bedroht werden – womöglich von ein und derselben städtischen Institution. Die Erklärung liegt fast auf der Hand: In einem heruntergekommenen Stadtviertel, für das sich ohnehin niemand interessiert, ist Eigeninitiative und Selbsthilfe natürlich hoch willkommen. Gelingt es den Bewohner/innen allerdings, durch ihr Engagement die Lebensqualität des Viertels entscheidend zu verbessern, erscheinen auch die Investoren wieder auf der Bildfläche. Im ersten Fall wittert die Stadt finanzielle Entlastung und im zweiten ein gutes Geschäft mit städtischem Grund.

Die Not der Kommunen, mit ihren Freiflächen etwas Sinnvolles anzustellen und die Not von Bewohnern, deren Mindestlöhne sich nicht erhöhten, während alle anderen Kosten, besonders die Mieten, explodierten, führten auch in andere Städten wie Philadelphia, Boston, Detroit oder Chicago dazu, dass sich Behörden für den Erhalt und die Ausweitung von städtischer Landwirtschaft einsetzen.

Die Kommunen in den USA sind zunehmend daran interessiert, alte oder neue Branchen zugunsten von besserer Luft sowie mehr Licht und Grün in offene Grünflächen umzuwidmen. So wurden die Community Gardens in New York City ab 1975 durch das „Open Space Greening“ und das „Plant-A-Lot-Programm“, eine Art Stadtbegrünungsprogramm des Council on the Environment unterstützt. Für die Durchführung wurde ein Umweltrat gegründet, und obwohl er ausschließlich frei finanziert wird, war und ist er direkt beim Bürgermeister angesiedelt. Zur Chefin des neuen Gremiums

⁴ vgl. dazu u.a. William Sites, *Remaking New York – Primitive Globalization and the Politics of Urban Community.*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 2003.

wurde Liz Christy, die Gründerin des ersten Nachbarschaftsgartens in New York, gewählt. Auch heute noch fördert dieser Umweltrat die Begrünung von neuen Brachen. Außerdem setzt er sich für Abfallvermeidung, Umwelterziehung und neue Gemüsemärkte ein. Dieser Initiative folgte nach einigen Jahren (1978), die ebenfalls nicht aus Mitteln der Stadt finanzierte „Operation GreenThumb“. Die Hauptaufgabe dieser Institution besteht darin, bei der Einrichtung von neuen Community Gardens und bei der Vermittlung zwischen den Gartengruppen der Stadt als Grundbesitzerin behilflich zu sein. Seit 1995 gehört GreenThumb zur New Yorker Behörde für Parks und Erholung. Die Gehälter der Beschäftigten werden aus Bundesmitteln gezahlt. Wie konfliktreich die Arbeit von GreenThumb gewissermaßen zwischen Baum und Borke ist, lässt sich vielleicht daran ablesen, dass Edie Stone, die heutige Direktorin, bereits die fünfte Chefin der kleinen Behörde ist.

Durch die Etablierung von GreenThumb haben Bund und Stadt anerkannt, dass Community Gardeners nicht nur ihre eigene Umgebung verschönern, sondern sich für eine ansprechende Stadtlandschaft für alle engagieren. Die Gärtner/innen und ihre Mitstreiter/innen tragen nachgewiesenermaßen⁵ zu gesünderen Lebensbedingungen bei, denn schon kleinere Grünflächen reduzieren die Luftverschmutzung durch Autoabgase, sie bieten auch ärmeren Städtern Freude und Erholung, wirken Stress abbauend, Lärm dämmend und vor allem erfrischend bei mehreren Monaten drückender Sommerhitze, dem großen Problem der Ostküstenstädte. Die Community Gardens sind daher in ihrer Wirkung, wenngleich bislang kaum wahrgenommen, ein wichtiger, ja, vielleicht der pragmatischste Teil der weltweiten Umweltbewegung. Sie sind ein Baustein im Wandel zu einem nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt im Sinne der in Rio de Janeiro 1992 beschlossenen Agenda 21.

Die Unterbewertung städtischer Daseinsvorsorge und grüne Bürgerbewegungen

Eine Ursache für das paradoxe Verhalten der Städte in Bezug auf die Gärten liegt in dem die Städte benachteiligenden Verhältnis zwischen Zentralstaat und Kommunen. Die Kommunen befinden sich in den Auseinandersetzungen um die Verteilung der Finanzen gewissermaßen in der Rolle der „Hausfrauen der Nationen“. Seit Gründung der modernen Nationalstaaten vor gut 200 Jahren sind die Kommunen in den Auseinandersetzungen um die Verteilung der Finanzen zwischen Zentralstaat und Gemeinden finanziell zunehmend knapper ausgestattet. Ebenso wie im modernen Kapitalismus die Hausarbeit der Frauen in die Berechnung des Bruttosozialprodukts keinen Eingang findet, wird die Versorgungsleistung der Kommunen seitens der Zentralregierungen ständig unterbewertet.

Auf staatlicher Ebene wird die Notwendigkeit einer gerechten Sozialpolitik auf kommunaler wie nationaler Ebene regelmäßig unterschätzt. In den reichen Ländern wird vergessen, dass Sozialpolitik und eine Politik der Fürsorge Voraussetzung für den

⁵ Vgl. u.a. das Umwelt-Lexikon, hrsg. Katalyse e.V. – Institut für angewandte Umweltforschung, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1983ff.

inneren Friedens eines Staatswesens oder einer Gemeinde ist. Gerade im Zeitalter der Globalisierung, mit der weit verbreiteten Fixierung auf den Erhalt des „Wirtschaftsstandorts“ gerät dieser Sachverhalt zunehmend aus dem Blick.

Die politischen Gemeinden sind als unterste Verwaltungsebene – in Preußen z.B. mit dem preußischen Städtegesetz zu Anfang des 19. Jahrhunderts (1813) – per Gesetz für die Daseinsvorsorge zuständig. Sie sind mit „unproduktiven“ Aufgaben wie Instandhaltung von Gebäuden, z.B. Schulen, Straßenbau, Trinkwasseraufbereitung, Müllentsorgung u.Ä. betraut. Die Kommunen sind zudem zuständig für die Unterstützung von dauerhaft Erwerbslosen, Alten, Kranken, allein erziehenden Müttern und anderen Bedürftigen. In den föderalen Staaten sind auf der mittleren Ebene die Länder für bereits mehr „hoheitsrechtliche“ Dinge und übergeordnete Belange wie Universitäten, Gerichte, Gefängnisse, Deiche oder Landstraßen zuständig. Die zentralen Regierungen der – seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution – neu entstehenden Nationalstaaten hingegen beanspruchen für Bürokratie und Militär, Finanzwesen und wirtschaftliche Investitionen den größten Steueranteil.



Der letzte der ehemals fünf Five Star Gardens in der 121. Straße in Manhattan. Auf dem Foto die Gründerin des ersten Gartens mit der Autorin.

Seit Beginn der Industrialisierung streiten diverse soziale Bewegungen für menschenwürdige Lebensumstände. Auch das Interesse von Bürger/innen für Gärten ist nicht neu. Erinnert sei hier zum Beispiel an die Gemüsegärten, die um 1800 auf den geschliffenen Wallanlagen zum Beispiel in Bremen entstanden. Seit über 200 Jahren sind in den urbanen Zentren der Welt Bürgerinitiativen damit beschäftigt, neu entstehende Freiräume – von aufgegebenen Wallanlagen bis hin zu überflüssigem „Eisen-

bahnvorhalteland“ – in allgemein zugängliches Grüngelände zu verwandeln. Die Forderung nach naturnahen Erholungsflächen dient in den oft unwirtlichen Städten mit ihrem tendenziell schlechten Klima dem Erhalt der Gesundheit – sowohl der physischen wie auch der sozialen. Seit über 150 Jahren fordern Sozialreformer/innen innerstädtische Erholungsräume und Gärten für alle Städter und Städterinnen. Sie sollten zudem so angelegt sein, dass sie auch von alten Menschen zu Fuß erreicht werden können.⁶ Zu einem menschenwürdigen Leben gehört der Zugang zu einem Stückchen Grün, gehört die Teilhabe an einem Garten. Heute berühmte Plätze in den großen Städten der Welt – wie etwa der Washington Square und der Tompkins Square in New York City oder der Kollwitzplatz und der Mariannenplatz in Berlin – entstanden als Antwort auf diese frühen sozialen Bewegungen.

Die Community Gardeners verteidigen im gewissen Sinne auch das Recht auf Phantasie und Selbstgestaltungsmöglichkeit. Alle Menschen haben ein natürliches Bedürfnis nach sinnlichen Eindrücken und dem Selbermachen mit den eigenen Händen, dem in der Erde Wühlen. Menschen sehnen sich nach organischen Formen, dem Gewirr von Ästen, der Vielfalt des Grüns und der aufmunternden Wirkung der Schönheit natürlicher Baumformen, der Gestalt von Pflanzen und dem Geräusch zwitschernder Vögel. Auch in den Ghettos haben viele ältere, größere Community Gardens einen parkähnlichen Charakter. Das Bedürfnis nach Schönheit ist kein Privileg der Wohlhabenden. Auch inmitten armer und ärmster Viertel besteht das Bedürfnis nach dem gärtnerischen Arrangement von wildem bis zu gepflegtem Grün, von Blumen bis zu Nutzpflanzen – zwecks Erholung von den „geraden Linien“ der modernen Architektur.

Ökonomie der Selbstversorgung

Aber es geht nicht nur um Ästhetik. In fast allen Community Gardens von New York City werden Obst, Gemüse und Kräuter für den Eigenbedarf angebaut, in manchen Gärten werden auch gewissermaßen „cash crops“, also Früchte für den Verkauf auf lokalen Gemüsemärkten produziert. Unterstützer-Organisationen wie die Green Guerrillas oder „Just Food“ fördern seit Beginn der 1990er Jahre in den Ghettos gezielt den ökologischen Anbau von Gemüse gerade und auch für den Verkauf auf neu gegründeten lokalen Wochenmärkten. Wieder andere erzeugen ihre Produkte für die Unterstützung lokaler Suppenküchen oder beteiligen sich auch aktiv an Essensverteilaktionen.

Die Selbsthilfe durch Nutzgärten in der Tradition der „Krautäcker“ europäischer Städte ist ein weltweites sozialökonomisches Phänomen, das erst neuerdings als „urban

⁶Im deutschen Kaiserreich forderte die damals 70jährige Gräfin Adelheid Dohna-Poninski unter dem Pseudonym Arminius 1874 in einer Schrift „Die Großstädte in ihrer Wohnungsnot“ Parks und grüne Erholungsflächen für alle Stadtbewohner – auch Gehbehinderte – in erreichbarer Entfernung von der Wohnung. Siehe auch Elisabeth Meyer-Renschhausen, Der Nutzgarten in der Hauswirtschaft in Mitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, in: Heidrun Hubenthal, Maria Spithhöver, Hrsg., Frauen in der Geschichte der Gartenkultur, Gesamthochschule Universität Kassel, FB Stadtplanung/Landschaftsplanung, 2002, 43-63.

agriculture“, als städtische Landwirtschaft, im internationalen Diskurs der Entwicklungshilfe wahrgenommen wird. Die Debatte um die Duldung „wilder“ Landbesetzungen und Selbsthilfeformen bringt zur Sprache, was seit den Krisen der 1970er Jahre in den großen und kleineren Städten des Südens unumstritten ist: die Subsidiarisierung der regulären Lohnarbeitsverhältnisse durch die „wilde Mischökonomie“ diverser Nebenerwerbe, deren Voraussetzung die Land- oder Gartenwirtschaft als „Grundversicherung“ ist.

Die unzulänglichen Einkünfte der working poor und der Hunger von mangelhaft versorgten oder sogar „ausgesteuerten“ Sozialhilfeempfänger/innen führt zur Selbstversorgungslandwirtschaft in der Stadt. In New York, wie überall in den USA, erhalten Fürsorgeabhängige seit 2001 maximal fünf Jahre staatliche Unterstützungsleistungen. Diese Menschen sind, wenn sie keine Arbeit mit angemessener Bezahlung finden, wie die Armen in den Städten Afrikas, für ihr Überleben auf den Gemüseanbau in Community Gardens angewiesen. Für die Menschen ohne Möglichkeit selbst zu gärtnern, sind die Lebensmittelausgaben von NGOs und Kirchen, darunter auch Nachbarschaftsgärten und Suppenküchen überlebenswichtig.

So entsteht mitten in der Ersten Welt, in einer der reichsten, wenn nicht überhaupt *der* reichsten Städte der Welt,⁷ ein informeller Sektor. So entsteht in New York City eine Parallelökonomie wie in den Städten Afrikas, wo ein Großteil der Wirtschaft nur deshalb funktioniert, weil der Staat, oder im Falle New Yorks die Stadt, auf Versuche einer regulären Besteuerung verzichtet und die Existenz eines informellen Sektors, also einer nicht besteuerten Parallelökonomie zulässt.

Die gemeinschaftliche Gartenbewirtschaftung ermöglicht einen Ausweg aus der Unterversorgung.⁸ Die Gartenarbeit, insbesondere der Gemüseanbau, hilft aus der Depression heraus, die unfreiwillige Tatenlosigkeit nach sich ziehen kann.⁹ Dies gilt besonders für Flüchtlinge, worauf langjährige Erfahrungen aus Toronto, der kanadischen Einwandererstadt, und auch aus Göttingen verweisen, wie die Studie von Christa Müller zeigt.¹⁰ Der Garten hilft besonders, wo Flüchtlingen aufgrund derzeitiger Gesetzgebung der Zugang zur Erwerbsarbeit versperrt ist.

Als gemeinschaftliche Selbstversorgerarbeit ermöglicht der Gemüseanbau in den Nachbarschaftsgärten Schwarzen Amerikaner/innen und anderen people of colour, sich aktiv und aus eigener Kraft eine positive neue Identität zu verschaffen. In diesem Sinne ist Community Gardening eine soziale Bewegung, die Widerstand gegen die Ghettoisierung leistet und einer Spaltung der Gesellschaft in „weiß“ und „schwarz“ entgegenarbeitet. Dabei fördert der Zwang zur fortwährenden Verteidigung der Gärten eine Schule des Widerstandes, der Vernetzung und der Organisation und damit aktive citizenship, also aktive Betätigung als Staatsbürger oder citizen.

⁷ Die Stadt ist arm, was ihre Steuereinnahmen anbelangt, nichtsdestotrotz leben hier sehr viele sehr reiche Menschen.

⁸ Vgl. Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies, Eine Kuh für Hillary – Die Subsistenzperspektive, München: Frauenoffensive 1997.

⁹ Heide Inhetveen, Fabrik in der Krise – Krise im Dorf?, in Pro Regio 14/1994, 17-28.

¹⁰ Christa Müller, Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: ökom Verlag, 2002

Nachhaltigkeit durch Gemüseanbau

Der Begriff Community Garden lässt sich übersetzen mit Gemeinschaftsgarten oder Nachbarschaftsgarten. Er beinhaltet im Englischen zudem die Betonung des Gemeinsamen als Gruppenhandlung. Dabei geht es auch um das, was Ivan Illich mit dem aus dem Spanischen kommenden Ausdruck „Convivialität“ bezeichnet hat, also um das gute Leben in Gemeinschaft, um das Zusammensein, das Feste ausrichten, die Freude am gemeinsamen Handeln einschließlich des dazugehörigen Feierns in Form des Beisammenseins mit Essen und Trinken. Die neuen sozialen Bewegungen haben seit ihrem Entstehen vor dreißig Jahren weltweit immer auf die Zelebrierung und die Betonung dieser „Convivialität“ durch feierliche Tafelrunden oder selbstorganisierte Straßenfeste geachtet. Sie haben damit an etwas angeknüpft, was den Gesellschaften der Vormoderne schon bekannt war, im Modernisierungsprozess aber verloren ging. Die Community Gardens sind eine Variante der „Rückbesinnung“ auf das seit Aristoteles diskutierte „gute Leben“ im Sinne einer weisen Konzentration auf das Wesentliche im Leben. Das Neue daran ist, dass sich in den Gärten, in welchen Gruppenformen auch immer, neue Gemeinschaften bilden, die ohne die Community Gardens nicht zueinander gefunden hätten. Gerade hier wird auch deutlich, dass die Bewegung der Community Gardens sowohl „wertkonservativ“ (im Sinne der Gemeinschaft) und ökologisch als auch „gesellschaftsorientiert“ und insofern „progressiv“ (im Sinne des Politischen) ist.



Die Bürgerinitiativen wie Green Guerillas, die zur Verteidigung der Gemeinschaftsgärtner entstanden sind, und GreenThumb verhalfen und verhalfen den Gärtner/innen zu Pachtverträgen und organisieren Gemüseanbaukurse für die Community Gardeners. Sie fungieren aber auch als Vernetzungsinstanzen, die die notwendigen Kontakte zwischen den einzelnen Gärtnergruppen herstellen. Bisher sind die Community Gardens in den USA nicht durch ein restriktives Gesetz (wie etwa in Deutschland) gezwungen, sich zu Kleingartenverbänden zusammenzuschließen. Ohne den äußeren Rahmen einer verbindlichen Organisation sind die Community Gardeners jedoch der Willkür der jeweiligen Stadtpolitik ständig ausgeliefert, wie der

Berliner Kleingartenhistoriker Gert Gröning betont.¹¹ Dabei verstehen sich die Gardener nicht als aktiv systemkritisch, sondern vielmehr als komplementär. Es geht weniger darum, Alternativen zur „real existierenden Marktwirtschaft“ zu entwickeln als um Strategien für diejenigen, die de facto außerhalb der Marktgesellschaft, aber nicht unberührt von ihr leben.

Als derartige praktische Selbsthilfe zeigen die Community Gardens eine ebenso deutliche wie überraschende Ähnlichkeit mit anderen „systemexternen“ Lösungsansätzen und Selbsthilfeformen wie wir sie vor allem in Form der Kleinlandwirtschaft Osteuropas und Russlands kennen. Die Community Gardens ähneln nicht von ungefähr dem Phänomen der Urban Agriculture als Form städtischer Subsistenzwirtschaft in weiten Teilen Afrikas und anderswo im Süden. Die Community Gardens in den vernachlässigten Stadtteilen teilen das Schicksal der so genannten „individuellen Hauswirtschaften“ in der ehemaligen DDR und dem Ostblock als unerwünschter, aber notwendiger privater Kleinbauernwirtschaft. Als ideologisch nicht genehm und in die Weltanschauung nicht integrierbar, werden diese privaten Selbsthilfeformen tendenziell ignoriert und sogar unterdrückt. Aber für den Erhalt des sozialen Friedens und der Ernährungssicherung notwendig und unentbehrlich, wurden und werden sie trotzdem gefördert, wenn auch oft auf indirekte und widersprüchliche Art und Weise. Dass Ähnliches auch für die New Yorker Gardens gilt, darauf verweisen nicht nur die Kämpfe um die Gärten zwischen 1996 und 2003, sondern auch die ambivalenten Rollen der Direktorinnen von GreenThumb als Teil der städtischen Verwaltung einerseits und Teil der Bewegung andererseits. Auch der permanente und seltsame Schattenkampf der selbstlosen Aktivisten des United Community Center von East New York, mit ihrer Anerkennung durch die Behörden wie durch die Anwohner, zeigt trotz Randständigkeit die Notwendigkeit dieser „low cost“- und „non profit“-Unternehmungen an.

Community Gardening ist längst dem Stadium von Landbesetzungen oder Ökofundamentalismus entwachsen. Was vor 30 Jahren als utopische Bewegung begann, ist heute gelebte Wirklichkeit. Städtischer gemeinschaftlicher ökologischer Gemüseanbau ist zukunftsweisend und zukunftsorientiert. Wie heißt es doch bei Voltaire im „Candide“? „Nun laßt uns unseren Garten bestellen!“. Das war – aller Aufklärung zum Trotz – keineswegs resignativ gemeint. Im Gegenteil, den Garten bestellen, das hatte auch vor 200 Jahren etwas freundlich Versöhnliches.

DR. ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN ist freischaffende Autorin und Privatdozentin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land sowie der AG Gleisdreieck.
Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~garten/>

DAS BUCH ZUM THEMA: ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN: Unter dem Müll der Acker. Community Gardens in New York City (Band 2 der Schriftenreihe "Konzepte/Materialien", Hg. Stiftung Fraueninitiative), Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2004, 17,95 €

¹¹ Vgl. dazu Gert Gröning, Gemeinschaftsgärten in Nordamerika, in: Die Gärten der Frauen, 298-312.